

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 29. Juni 2015

## **Turbo-Abi**

Nordrhein-Westfalen kehrt nicht zum Abitur nach neun Jahren an Gymnasien zurück. Eine Volksinitiative gegen das sogenannte Turbo-Abitur nach acht Jahren lehnte der Landtag mit Mehrheit ab. S. 3

## **Datenschutz**

Der Datenschutzbeauftragte des Landes NRW, Ulrich Lepper, äußert sich im Interview kritisch zu Geschäftsmodellen von Versicherungsunternehmen, die Vergünstigungen gegen Datenweitergabe versprechen. S. 6-7

## **Einbürgerung**

171 Neubürger und Neubürgerinnen wurden im Landtag offiziell begrüßt. Eine von ihnen war Christine Andrea Jones aus Trinidad und Tobago. Die IT-Spezialistin lebt seit 2001 in Deutschland. S. 14-15

## **Jugend-Landtag**

Drei Tage lang gehörte das Parlament der Jugend: 237 Nachwuchs-Abgeordnete führten beim 7. Jugend-Landtag kontroverse Debatten unter anderem über Schul- und Hochschulthemen. S. 18

# Sichere Lebensmittel

Wer soll für  
Kontrollen  
zahlen?

# Herzlich willkommen in NRW

7.500 Kilometer liegen zwischen ihrem alten und ihrem neuen Leben: Christine Andrea Jones stammt aus dem Karibik-Staat Trinidad und Tobago, lebt aber seit etwa 14 Jahren in Düsseldorf. Nordrhein-Westfalen ist ihr zur neuen Heimat geworden. Und vor kurzem hat sie es amtlich gemacht: Sie ist jetzt Deutsche.

## Feier mit 171 Neubürgern

Gemeinsam mit 170 weiteren Neubürgerinnen und Neubürgern aus 53 Nationen feierte Jones im Juni diesen Schritt. Landtag und Landesregierung hatten sie alle gemeinsam zu einer Einbürgerungsfeier in den Plenarsaal eingeladen, um ihre Entscheidung zu würdigen – stellvertretend für die rund 27.700 Menschen, die im vergangenen Jahr in NRW eingebürgert wurden. Landtag Intern sprach mit Christine Andrea Jones über ihre Beweggründe, nach NRW zu kommen und zu bleiben. Und darüber, was sie am Rhein vermisst und was ihr hier ans Herz gewachsen ist.

Wie sicher sind unsere Lebensmittel? Diese Frage treibt Verbraucherinnen und Verbraucher nach einer Reihe von Skandalen um. Dioxin in Eiern oder gefährliche Keime im Gemüse – um diese und andere Ge-

sundheitsrisiken so weit wie möglich auszuschließen, kontrollieren die Kommunen die Hersteller.

Aber wer soll für die Regelkontrollen zahlen? Der Steuerzahler, wie bisher, oder der kontrollierte Betrieb? Um diese Frage ging es in einer Sachverständigenanhörung im Wirtschaftsausschuss, über den wir berichten. In „Schlag auf Schlag“ äußern sich dazu die Experten der fünf Fraktionen.

Hand aufs Herz: Wie sorgfältig gehen Sie mit Ihren Daten um, wenn Sie Ihr Smartphone in der Hand haben oder im Internet recherchieren? Für die Einhaltung der Datenschutzregeln ist in NRW ein eigener Datenschutzbeauftragter zuständig. Mit dem scheidenden Beauftragten, Ulrich Lepper, sprach Landtag Intern über Videoüberwachung, seinen eigenen Umgang mit Daten und über die geplanten EU-einheitlichen Regeln zum Datenschutz.

Engagiert und mit Herzblut debattierten 237 Jugendliche aus ganz NRW beim 7. Jugend-Landtag Themen, die ihnen wichtig sind. Auch dies ein Thema in der neuen Ausgabe – wie natürlich die letzte Plenarwoche vor der Sommerpause, in der die Abgeordneten u.a. über die Volksinitiative gegen das Turbo-Abitur diskutierten oder den zweiten Nachtragsetat für 2015 verabschiedeten.

wib



## Titelthema: Lebensmittelüberwachung

|                                               |       |
|-----------------------------------------------|-------|
| <a href="#">Kontrolle gegen Gebühr?</a> ..... | 9     |
| <a href="#">Schlag auf Schlag</a> .....       | 10-11 |

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2107 (zab), 884-2324 (wib), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Axel Bäumer (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Freitag, 26. Juni 2015, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:**

Gribsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**



[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

## Inhalt

### Aus dem Plenum

|                                             |   |
|---------------------------------------------|---|
| <a href="#">Das Abi bleibt Turbo</a> .....  | 3 |
| <a href="#">Meldungen</a> .....             | 4 |
| <a href="#">Hilfe für Flüchtlinge</a> ..... | 5 |

### Forum

|                                                           |     |
|-----------------------------------------------------------|-----|
| <a href="#">Datenschutzbeauftragter im Gespräch</a> ..... | 6-7 |
|-----------------------------------------------------------|-----|

|                                    |   |
|------------------------------------|---|
| <a href="#">Gesetzgebung</a> ..... | 8 |
|------------------------------------|---|

### Aus den Ausschüssen

|                                            |    |
|--------------------------------------------|----|
| <a href="#">Meldungen</a> .....            | 12 |
| <a href="#">Sorgen um den Schiri</a> ..... | 13 |

### Forum

|                                               |       |
|-----------------------------------------------|-------|
| <a href="#">Eine Neubürgerin in NRW</a> ..... | 14-15 |
|-----------------------------------------------|-------|

|                                          |       |
|------------------------------------------|-------|
| <a href="#">Aus den Fraktionen</a> ..... | 16-17 |
|------------------------------------------|-------|

### Forum

|                                                               |    |
|---------------------------------------------------------------|----|
| <a href="#">Der Jugend-Landtag 2015</a> .....                 | 18 |
| <a href="#">Persönlich: Axel Wirtz (CDU)</a> .....            | 19 |
| <a href="#">Verfassungsgericht als „Bürgergericht“?</a> ..... | 19 |
| <a href="#">Kurz notiert</a> .....                            | 20 |
| <a href="#">Der Regisseur und das filmische Erbe</a> .....    | 20 |

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

# Das Abi bleibt Turbo

## Landtag lehnt Volksinitiative für Rückkehr zum G9 ab

24. Juni 2015 – Zu viel Stress, zu wenig Freizeit für die Schülerinnen und Schüler – diese und andere Kritik begleitet das Abitur nach acht Jahren (G8), das sogenannte Turbo-Abi, seit seiner Einführung. Eine Volksinitiative forderte nun, zum Abitur nach neun Jahren (G9) an Gymnasien zurückzukehren, scheiterte aber mit dem Anliegen.

In namentlicher Abstimmung lehnte der Landtag die Initiative ab. 141 Abgeordnete votierten gegen die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren, 15 dafür bei 58 Enthaltungen. Ein Entschließungsantrag der CDU ([Drs. 16/9081](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt, ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/9091](#)) mit Mehrheit angenommen.

unter Jugendlichen; zudem leide die Studierfähigkeit.

[Eva-Maria Voigt-Küppers](#) (SPD) betonte in der Landtagsdebatte, dass ihre Fraktion die Sorgen und Nöte der Eltern durchaus ernst nehme. Allerdings ließen sich die genannten Probleme wie eine zunehmende Zahl an psychischen Problemen bei Schülerinnen und Schülern oder der

„den gelingenden Weg nach vorn“, anstatt die Schulen in neues Chaos zu stürzen.

[Yvonne Gebauer](#) lehnte für die FDP-Fraktion ebenfalls eine Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren ab. Diese wäre ein Fehler und würde den Schulen erneut einen jahrelangen Umstellungsprozess bringen. „Wir wollen die Gymnasien stärken und sie nicht erneut belasten“, sagte sie.



Die Fraktionen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP hatten in der Debatte deutlich gemacht, dass sie am Abitur nach acht Jahren festhalten wollen. Nur die PIRATEN-Fraktion sprach sich für eine Abkehr von G8 aus. Dieses gilt seit 2005 an den Gymnasien an Rhein und Ruhr. Eine erneute politische Debatte über die Rückkehr zu G9 war im vergangenen Jahr mit einem Kompromiss am Runden Tisch geendet: Die Schulzeitverkürzung bleibt, das G8 wird reformiert.

### Sorgen der Eltern

Die Volksinitiative „G9 – jetzt!“ hatte dem Landtag im April 2015 rund 98.800 Unterschriften übergeben und damit die Voraussetzung geschaffen, dass sich die Abgeordneten erneut mit dem Thema befassen. Im Schulausschuss hatten Vertrauenspersonen der Initiative ihre Argumente dargelegt. Sie sprachen u.a. von erheblichen Belastungen der Schülerinnen und Schüler durch das Turbo-Abitur. Folgen seien vermehrt psychische Probleme

Verlust an freier Zeit nicht allein auf das G8 zurückführen. Auch sei nicht gesagt, dass die Rückkehr zu G9, wie es Niedersachsen vorgemacht habe, erfolgreich sei. Ziel müsse vielmehr sein, dass das Abitur nach acht Jahren funktioniere.

[Klaus Kaiser](#) unterstrich für die CDU-Fraktion, dass man die Sorgen der Eltern, die durch die Vorlage von fast 100.000 Unterschriften für die Volksinitiative zum Ausdruck gekommen sei, nicht „auf die leichte Schulter“ nehmen dürfe. Seine Fraktion werde diese Sorgen aufgreifen und mit dem Anliegen ernsthaft umgehen. Aber eine Rückkehr zu G9 sei keine „Patentlösung“. Sie beantworte nicht alle offenen Fragen zum G8. Die Probleme lägen im Detail.

Niemand gehe kalt mit dem Anliegen der Volksinitiative und den Eltern um, die ihre Sorgen vorbrächten, betonte [Sigrid Beer](#) (GRÜNE). Dies würden auch nicht diejenigen tun, die Nein zu der Initiative sagten. Beer verwies auf die Empfehlungen des Runden Tisches zu G8. Auch führe eine Rückkehr zu G9 nicht dazu, dass Ruhe an den Schulen einkehre, wie das Beispiel Niedersachsen zeige. Daher gehe man

Gebauer betonte zugleich, dass auch ihre Fraktion die Sorgen der Eltern ernst nehme. Die bestehenden Probleme könnten aber nicht alle G8 zugeordnet werden.

[Monika Pieper](#) (PIRATEN) schloss sich dagegen der Forderung nach einer Abkehr von G8 an. „Lassen sie das Thema nicht einschlafen und zeigen sie, dass sie es ernst nehmen“, appellierte sie. Die Einführung des verkürzten Bildungsganges sei „überhastet“ gewesen und ein Fehler. So gebe es eine Verdichtung der Inhalte in der Sekundarstufe I. Die Menschen in NRW wollten das G8 nicht und dies müsse die Landespolitik zur Kenntnis nehmen.

Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) erinnerte daran, dass das G8 im vergangenen Jahr wegen der Diskussion beispielsweise in Niedersachsen auch in NRW nochmals auf die Tagesordnung gekommen sei. Der Runde Tisch habe nach langer Diskussion eine Rückkehr abgelehnt. Stattdessen gebe es zehn Empfehlungen für eine Reform, die bereits auf den Weg gebracht worden seien. Die Gymnasien seien dabei, den Bildungsgang weiterzuentwickeln. *wib*



## Grünes Licht für Nachtrag

24.6.2015 – Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag in dritter Lesung den zweiten Nachtragshaushalt für 2015 ([Drs. 16/8650](#)) verabschiedet. CDU, FDP und PIRATEN enthielten sich. Der Etat sieht 314 Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben vor, u.a. für die Bildung und Betreuung von Flüchtlingen. In den Ausgaben sind 108 Millionen Euro enthalten, die der Bund nach dem jüngsten Flüchtlingsgipfel bereitgestellt hat und die an die Kommunen weitergeleitet werden. Wegen der derzeit guten Lage bei den Steuereinnahmen wird – trotz der Mehrausgaben – die mit bislang rund 1,9 Milliarden Euro angesetzte Neuverschuldung um 5 Millionen Euro gesenkt.

## Ganztagschule

24.6.2015 – Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, bis 2020 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz für die Primar- und die Sekundarstufe I einzuführen. Einen entsprechenden Antrag brachten die Liberalen in den Landtag ein. Da dies einen „erheblichen Investitionsbedarf“ nach sich ziehe, wollen sie zudem das Kooperationsverbot im Grundgesetz im Bereich der Schulen aufheben, damit der Bund ein Finanzierungsprogramm zur Verfügung stellt. NRW soll sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen. Der Antrag ([Drs. 16/8830](#)) wurde zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen.

## Kopftuchverbot

24.6.2015 – In zweiter Lesung hat der Landtag einen Gesetzentwurf von SPD, GRÜNEN und CDU ([Drs. 16/8441](#)) verabschiedet, mit dem mehrere Regelungen im Schulrecht geändert werden. Umgesetzt wird u.a. das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März, mit dem ein pauschales Kopftuchverbot für Lehre-

rinnen gekippt worden war. Das Tragen eines Kopftuches darf fortan nur untersagt werden, wenn der Schulfrieden oder die staatliche Neutralität gefährdet sind. Das Gesetz regelt ferner, dass es in Gemeinden, in denen es keine Hauptschule mehr gibt, an Realschulen ab Klasse 7 die Möglichkeit gibt, einen Bildungsgang Hauptschule einzurichten.

## Einmaliger Feiertag

24.6.2015 – Der 31. Oktober 2017 – der 500. Jahrestag der Reformation – wird in Nordrhein-Westfalen einmalig ein Feiertag sein. Der Landtag beschloss einen entsprechenden Gesetzentwurf ([Drs. 16/8386](#)) in zweiter Lesung. Die Regierungschefs der Länder hatten sich dafür ausgesprochen, das Jubiläum mit einem bundesweiten Feiertag zu begehen. Der Reformationstag ist normalerweise nur in fünf Bundesländern gesetzlicher Feiertag. Am 31. Oktober erinnern evangelische Christen an die 95 Thesen, die Martin Luther 1517 an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg angeschlagen hat. Er leitete damit die Reformation der Kirche ein.

## Umstrittene Datenspeicherung

25.6.2015 – Nach der Zustimmung des SPD-Parteienkonvents zur Vorratsdatenspeicherung hat sich auch der Landtag mit den Plänen der schwarz-roten Bundesregierung für eine verdachtsunabhängige Sammlung von Daten beschäftigt. Die Aktuelle Stunde war von den Fraktionen von CDU ([Drs. 16/9058](#)) und PIRATEN ([Drs. 16/9059](#) und [16/9060](#)) beantragt worden. In der Debatte wurde deutlich, dass das Vorhaben weiter umstritten ist. Die CDU stellte sich hinter die Datenspeicherung. Sie kritisierte zugleich, dass die rot-grüne Landesregierung bei diesem Thema keine gemeinsame Haltung gehabt habe. Die SPD-Fraktion machte deutlich, dass die Pläne in der Partei auch weiter auf Kritik stoßen. Sie verwies da-

rauf, dass es 2018 eine Evaluation geben solle. Wenn sich die Regeln dann nicht bewährt hätten, gehörten sie auch wieder abgeschafft. GRÜNE, FDP und PIRATEN sprachen sich gegen die Vorratsdatenspeicherung aus. Die PIRATEN nannten das Gesetz ein „Paragrafenmonster“. Die Vorratsdatenspeicherung verhindere keine einzige Straftat. Die FDP hob hervor, das anlasslose Speichern von Daten sei „Gift für die Freiheit“. Die GRÜNEN äußerten die Hoffnung, dass die Vorratsdatenspeicherung am Ende vor Gericht fallen wird. Die Landesregierung verwies darauf, dass schon heutzutage zahlreiche Verkehrsdaten erhoben würden. Die vereinbarten Mindestfristen zum Speichern seien zudem die niedrigsten in ganz Europa.

## Pkw-Maut in der Kritik

Die vom Bund geplante Pkw-Maut stößt im nordrhein-westfälischen Landtag weiterhin auf deutliche Kritik. Auf Antrag von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/9061](#)) debattierte das Plenum in einer Aktuellen Stunde über die neuesten Entwicklungen bei dem Projekt der schwarz-roten Bundesregierung. Die EU-Kommission hatte angekündigt, dagegen juristisch vorzugehen. Sie wird demnach ein sogenanntes Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten. Nach dieser Ankündigung hatte Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) das Projekt verschoben. Die EU-Kommission sieht in der Maut eine Diskriminierung ausländischer Autofahrer, weil Inländer das Geld über eine Senkung der Kfz-Steuer zurückbekommen sollen. In ihrem Antrag fordern SPD und GRÜNE, der Bund müsse sich vom Projekt der Pkw-Maut verabschieden. Dem schlossen sich FDP und PIRATEN sowie die Landesregierung an. Die CDU-Fraktion betonte ebenfalls Kritik an dem Projekt. Aber die Maut sei Teil des Koalitionsvertrags von Union und SPD auf Bundesebene, den man nicht infrage stellen wolle.

In einer Unterrichtung der Landesregierung informierte Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** über die Ergebnisse der Konferenz von Bund und Ländern. Darin lobte die SPD-Politikerin die nach ihrer Ansicht nach guten Vereinbarungen zum Thema Flüchtlinge. Mit der Zahlung von 1 Milliarde Euro in diesem Jahr an die Kommunen trage der Bund zur Entlastung bei.



Norbert Römer (SPD)

Christian Lindner (FDP)



Fotos: Schälte

Armin Laschet (CDU) am Rednerpult und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Frank Herrmann (PIRATEN)

Hervorzuheben sei, dass es nicht bei einmaligen Pauschalen bleibe, sondern auch über 2016 hinaus gezahlt werde.

Auch zu den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich bezog Kraft Stellung. Diese hätten „noch keine konkreten Ergebnisse“ erzielt, allerdings gebe es „kleine Schritte der Annäherung“. Zwar müsse es weiterhin Solidarität mit den neuen Ländern geben. „Klar ist aber, dass es keine Lösung gegen die Interessen Nordrhein-Westfalens geben wird.“ Der Umsatzsteuervorgewegausgleich, durch den NRW zum Geberland werde, müsse abgeschafft werden.

Mit Blick auf die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels zeigte sich CDU-Fraktionschef **Armin Laschet** zufrieden, dass sich der Bund künftig dauerhaft an den Kosten beteilige. Aus seiner Sicht gebe es aber weiterhin Handlungsbedarf. So sei ein europäischer Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge nötig, damit die Lasten gleichmäßig verteilt würden. Zudem sollten die Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen von den angepeilten 16.500 auf mindestens 20.000 erhöht werden. Ziel müsse sein, schon in den Erstaufnahmen zu klären, ob jemand langfristig bleiben dürfe. Laschet regte zudem an, bei Ländern wie Albanien, Montenegro oder dem Kosovo zu prüfen, ob diese nicht als sichere Herkunftsstaaten angesehen werden könnten, um die Verfahren zu beschleunigen.

## „Schwarzer-Peter-Spiel“

Nach Meinung des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Norbert Römer** geht das Land bei der Flüchtlingshilfe „an die Grenzen seiner finanziellen Möglichkeiten“. Allerdings gehe es nicht nur ums Geld. Es müsse auch anerkannt werden, „wie groß die Hilfsbereitschaft“ sei. Beim Thema Finanzausgleich machte Römer deutlich, dass sich NRW angesichts seiner bisherigen Hilfen für andere Länder nicht verstecken müsse. „In Sachen Solidarität brauchen wir keine Nachhilfe“, sagte er. Bei aller angemessenen Hilfsbereit-

## PLENUM

# Hilfe für Flüchtlinge

## Landtag debattiert über Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels

24. Juni 2015 – Ministerpräsidenten und Bundeskanzlerin haben über Flüchtlingshilfen und die Länderfinanzen gesprochen. Ob die Ergebnisse für NRW ausreichend sind, diskutierte in der Plenarwoche der Landtag. Während in Sachen Flüchtlingen Fortschritte hervorgehoben wurden, wird beim Länderfinanzausgleich noch gerungen.

schaft müsse aber klar sein, dass NRW deutlich besser gestellt werde. „Wir wollen von dem, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwirtschaften, ein bisschen mehr hier behalten“, sagte Römer.

In Sachen Flüchtlinge kritisierte FDP-Chef **Christian Lindner**, dass wesentliche Fragen in den Herbst verschoben worden seien. „Die Flüchtlingspolitik verträgt keine politische Sommerpause“, sagte er. Auch das „Schwarzer-Peter-Spiel“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der Frage der Verantwortung müsse beendet werden. Das Thema Länderfinanzausgleich nutzte Lindner für eine Abrechnung mit der Haushaltspolitik der Landesregierung. „Sie müssen nicht den Finanzausgleich ändern, sondern Ihre Mentalität“, sagte er in Richtung Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD). Die Sanierung gelinge lediglich durch die sprudelnden Steuereinnahmen. Echte Einsparungen gebe es nicht. „Da kann sogar ein Blinder mit dem Krückstock den Haushalt ausgleichen“, sagte Lindner.

Der GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende **Mehrdad Mostofizadeh** forderte die Ministerpräsidentin auf, in den Verhandlungen zum Finanzausgleich standhaft zu bleiben. „Die Menschen in NRW haben ein Recht darauf, dass wir uns für

sie einsetzen“, sagte er. Es werde nicht für bloße Zahlen gekämpft, sondern um die Finanzierung von Schulen oder Kita-Plätzen. Auch die GRÜNEN verträten die Position, dass es ohne einen Wegfall des Umsatzsteuervorgewegausgleichs keine Einigung gebe. Die Beschlüsse des Flüchtlingsgipfels seien ein „sehr gutes Ergebnis“. Vom Bund fordere man nun eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Flüchtlingshilfe sei eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nicht auf Länder und Kommunen abgeschoben werden dürfe.

Der innenpolitische Sprecher der PIRATEN-Fraktion, **Frank Herrmann**, sagte, dass die Politik in Sachen Flüchtlinge nun „endlich ein Stück weit“ reagiert habe. Allerdings befürchte er die Etablierung eines „Zwei-Klassen-Asylsystems“, wenn Flüchtlinge aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern anders behandelt würden. Verkürzte Verfahren und schnellere Abschiebungen seien „verachtenswert“. Bei den Beschlüssen fehle eine Aussage zu einheitlichen Standards im Umgang mit Flüchtlingen. Während es immer nur um mehr Geld für die Kommunen gehe – was in der Sache auch begrüßenswert sei –, spielten die Belange der Flüchtlinge eine „untergeordnete Rolle“, so Herrmann. Zudem seien die zugesagten Gelder nicht zweckgebunden. *Christian Wolf*

# „Ich halte das für eine sehr

## Der Hüter des Datenschutzes

Videoüberwachung, die Nutzung von Smartphones, soziale Netzwerke oder Online-Banking: Das Thema Datensicherheit nimmt nicht zuletzt wegen der rasanten technischen Entwicklung an Bedeutung zu. Über die Sicherheit der Daten wacht in Nordrhein-Westfalen ein eigener Landesbeauftragter. Seit 2010 ist dies der Verwaltungsjurist Ulrich Lepper.

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit NRW, so die offizielle Bezeichnung, wird vom Landtag gewählt. Er arbeitet unabhängig und weisungsfrei.

Die Aufgaben des Landesbeauftragten sind vielfältig. Er wacht zum einen über die Einhaltung der Datenschutzvorschriften. Vermuten Bürgerinnen und Bürger beispielsweise einen Verstoß gegen den Datenschutz, können sie sich mit Fragen oder Beschwerden direkt an den Landesbeauftragten wenden.

Darüber hinaus berät er Unternehmen, Verwaltungen und Politik zum Thema Datenschutz und kontrolliert Firmen mit Sitz an Rhein und Ruhr sowie Behörden des Landes und der Kommunen. Bei Verstößen gegen das Datenschutzgesetz kann der Beauftragte Geldbußen von bis zu 300.000 Euro verhängen.

### Tätigkeitsbericht

Zudem kümmert er sich darum, dass Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf freien Zugang zu behördlichen Informationen wahrnehmen können, das das Informationsfreiheitsgesetz ihnen gewährt, und beantwortet ihre Fragen dazu.

Der Landesdatenschutzbeauftragte äußert sich auch zu allgemeinen Fragen des Datenschutzes, beispielsweise bei aktuellen bundespolitischen Debatten. Alle zwei Jahre berichtet der Datenschutzbeauftragte dem



Ulrich Lepper

Landtag und der Öffentlichkeit über seine Arbeit und legt einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vor. Im aktuellen Bericht für die Jahre 2013 und 2014, den Lepper am 13. Mai 2015 an Landtagspräsidentin Carina Gödecke übergeben hatte, kritisiert er u.a. den zunehmenden Einsatz von Überwachungskameras durch Privatpersonen und Unternehmen. Eine Überwachung mithilfe von Videokameras greife grundsätzlich in das Recht eines jeden ein, selbst über die eigenen Daten zu bestimmen.

Der gebürtige Düsseldorfer Ulrich Lepper war vor seiner Tätigkeit als Landesdatenschutzbeauftragter bei der Bezirksregierung Arnsberg und lange Zeit im Innenministerium Nordrhein-Westfalen tätig, wo er unter anderem sieben Jahre als Referatsleiter für den Datenschutz verantwortlich war. Zuletzt war er Regierungsvizepräsident in Düsseldorf.

Lepper tritt Ende September in den Ruhestand. Ihm soll als neue Datenschutzbeauftragte die bisherige Landeswahlleiterin Helga Block folgen. Die gebürtige Münsteranerin ist seit 2001 als Abteilungsleiterin im Innenministerium auch für die Themen Verfassungsrecht und Datenschutz verantwortlich. Die Juristin arbeitete zunächst in den Bezirksregierungen Detmold und Düsseldorf. Seit 1989 ist sie mit Unterbrechung im Innenministerium.

Mehr Informationen zum Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit finden Sie unter: [www.ldi.nrw.de](http://www.ldi.nrw.de)

Gehen wir zu sorglos mit unseren Daten um? Landtag Intern sprach mit Ulrich Lepper, dem Datenschutzbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen. Er hatte vor kurzem den Bericht „Datenschutz und Informationsfreiheit“ für die Jahre 2013 und 2014 präsentiert.

**Herr Lepper, nutzen Sie privat soziale Netzwerke? Findet man Sie zum Beispiel bei Facebook?**

Da kann ich mit einem klaren Nein antworten.

**Warum nicht?**

Wir alle wissen, dass einerseits die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke ganz neue Dimensionen auf tun. Davon hat man etwas. Wir wissen aber genauso gut, dass diese Plattformen nicht aus altruistischen Gründen zur Verfügung gestellt werden. Es besteht ein großes Interesse der Anbieter solcher Dienstleistungen daran, über uns Informationen zusammenzustellen und auswerten zu können – zum Zwecke der personalisierten Werbung und damit Geld zu machen. Das ist das Geschäftsmodell, das dahinter steckt. Ob jemand soziale Netzwerke nutzt oder nicht, muss aber jeder für sich selbst entscheiden. Ich habe mich dagegen entschieden, weil ich nicht möchte, dass in einer unkontrollierten Art und Weise über meine Daten verfügt wird.

**Sie sind also nicht sehr freigütig mit der Weitergabe Ihrer Daten?**

Ich bin da sehr zurückhaltend. Ich nutze keine Apps, kein Smart-TV, kein Online-Banking. Wir müssen lernen, mit den Möglichkeiten, die die neue Technik bietet, umzugehen. Wenn uns bewusst ist, dass der Preis, den wir zahlen, die Information über unsere Persönlichkeit ist, können wir vielleicht anders damit umgehen. Der Datenschutz verfolgt nicht die Aufgabe, die technischen Möglichkeiten zu verteuern. Er ist ausschließlich darauf angelegt, sicherzustellen, dass die Betroffenen frei entscheiden, worauf sie sich einlassen. Dazu braucht es Transparenz darüber, wer welche Daten zu welchem Zweck wo wie verarbeitet. Daran fehlt es bei vielen Angeboten.

**Kaufen Sie online ein?**

Nein.

**Googlen Sie?**

Gelegentlich.

# gefährliche Geschichte“

**Kommt man heute überhaupt noch ohne Google aus? Es gibt Alternativen und die sollte man nutzen.**

**Manche Firmen versprechen Vergünstigungen gegen Datenweitergabe. Gehen wir insgesamt zu lax mit unseren Daten um?**

Da sprechen Sie ein Thema von fundamentaler Bedeutung an. In meinem letzten Tätigkeitsbericht, den ich im Mai dem Landtag übergeben hatte, habe ich mich auch zu einem Geschäftsmodell in der Versicherungswirtschaft geäußert. Es betrifft Kfz-Versicherer, aber auch Krankenversicherer. Kfz-Versicherer bieten einen Individualtarif an, der sich danach bemisst, wie hoch das Risiko ist. Im Auto wird eine Telematikbox eingebaut, die Daten über das Fahrverhalten erfasst. Wenn man sich innerhalb der Toleranzbreite bewegt, wird der günstige Individualtarif angeboten, und wenn nicht, dann bezahlt man eben mehr. Ich halte das für eine sehr gefährliche Geschichte. Die Kfz-Versicherer haben damit angefangen, mittlerweile denken die Krankenversicherer ebenfalls darüber nach.

**Was planen die Krankenversicherer?**

Die Überlegungen gehen beispielsweise in die Richtung, über eine tragbare Vorrichtung am Körper u.a. den Puls, den Herzschlag und das Bewegungsverhalten schlechthin zu erfassen, so dass sich eine Krankenversicherung über die tagtäglich, stündlich und sekundlich anfallenden Daten ein Bild über den Gesundheitszustand des Betroffenen machen kann. Das ist datenschutzrechtlich möglich, sofern eine Einwilligung vorliegt. Eine Einwilligung setzt allerdings Freiwilligkeit voraus. Ich muss also als Kunde die Gelegenheit haben, mich für oder gegen einen solchen Tarif zu entscheiden. Aber wie sieht es denn mit der Freiwilligkeit aus, wenn die Pflichtversicherer demnächst nur noch einen Individualtarif anbieten? Hier sehe ich ein ganz großes Problem, bei dem auch der Gesetzgeber gefragt ist. Wir brauchen eine politische Diskussion, wie wir eigentlich mit diesen Geschäftsmodellen umgehen sollen.

**Ein anderes Thema. Sie kritisieren eine Zunahme der Video-Überwachung. Warum?**

Wenn unser Verhalten im öffentlichen Raum – auf der Straße, im Restaurant, in der Bibliothek, im Schwimmbad, im Stadion, in der Sauna, im Fitnessstudio – aufgenommen wird, dann hat das mit der Freiheit, die unsere Verfassung vorsieht, nichts mehr zu tun. Wenn wir im öffentlichen

Raum ständig damit rechnen müssen, in unserem Verhalten erfasst zu werden, dann ist diese Freiheit nicht mehr gegeben. Ich kann vor einer Video-Überwachung nur warnen. Der Nutzen wird überschätzt, ein Sicherheitsgefühl ist oft trügerisch – aber die Tendenzen sind ausufernd.

**Wie sieht es an Brennpunkten mit hohem Kriminalitätsaufkommen aus? Sind Sie da auch gegen eine Video-Überwachung?**

Das nordrhein-westfälische Polizeigesetz sieht die Möglichkeit vor, dass die Polizei – wohlgemerkt: nur die Polizei – an gefährlichen Orten, wenn es andere Möglichkeiten nicht mehr gibt, über Videoüberwachung eingreift und den Sachverhalt erfasst. Diese Regelung wird immer wieder kritisch überprüft. Der Landtag hat aus gutem Grund regelmäßige Evaluierungen vorgesehen, denn es ist wissenschaftlich nicht nachgewiesen, ob eine Video-Überwachung überhaupt den gewünschten Erfolg bringt. Wir gehen hier in Nordrhein-Westfalen sehr vorsichtig damit um. Eine Video-Überwachung kann nur dort einen Sinn haben, wo auch die Einsatzkräfte sofort vor Ort sind, wenn sie eine gefährliche Entwicklung sehen.

**Die EU will den Datenschutz vereinheitlichen. Das ist doch gut, oder?**

Ich begrüße Bemühungen auf europäischer Ebene, den Datenschutz fortzuentwickeln und für ein einheitlich hohes Niveau in Europa zu sorgen – und ich lege die Betonung dabei auf „hohes Niveau“. Ich habe allerdings

Anlass zu der Sorge, dass das mit dem Schutzniveau nicht so ganz hinlief. Wir müssen uns in Europa darüber im Klaren sein, welches Niveau wir eigentlich wollen. Die Formulierungen in der Datenschutz-Grundverordnung sind aber vage. Die Bestimmtheit lässt an vielen Stellen zu wünschen übrig. Zu begrüßen ist das Markttort-Prinzip. Das heißt, dass EU-Recht immer dann gelten soll, wenn EU-Bürgerinnen und -Bürger betroffen sind, egal wo der Datenverarbeiter seinen Sitz hat. Das ist wichtig im Hinblick auf Angebote von außerhalb der EU, z.B. aus den USA.

**Wie viele Hinweise und Fragen zum Datenschutz bekommen Sie im Jahr? Ist eine Steigerung erkennbar?**

Wir haben Wellenbewegungen, die Zahl der Anfragen richtet sich nach aktuellen Ereignissen. Aber die Tendenz ist zunehmend. Es sind pro Jahr meist um die 4.000 Eingaben, die von uns schriftlich bearbeitet werden. Dazu kommen noch ungezählte telefonische Anfragen und E-Mails.

**Mit welchen Anliegen wenden sich die Menschen an Sie?**

Da gibt es ganz unterschiedliche Anliegen. Alltäglich geht es z.B. um unzulässige Videoüberwachungen am Arbeitsplatz oder unter Nachbarn oder um unerwünschte Werbung. Vielfach werden sehr grundsätzliche Fragen angesprochen, z.B. die Datenverarbeitung in der Cloud, zunehmende Big-Data-Anwendungen, Datentransfers in Drittstaaten, Prognosesysteme wie Scoring bei Banken und Versicherungen, die Datenverarbeitung bei Polizei und Verfassungsschutz sowie die Datensicherheit in Behörden und Unternehmen.

*Das Interview führten  
Michael Zabka und  
Hans Zimmann*

Foto: Schälte



# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

**Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015** (erforderlich wegen steigender Zahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern) | [Drucksache 16/8650](#) | Landesregierung | 2. und 3. Lesung 24.6.2015 | angenommen

**Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“** (WDR-Gesetz), Amtszeit Mitglieder WDR-Rundfunkrat | [Drucksache 16/8654](#) | Fraktionen von SPD, GRÜNEN, FDP und PIRATEN | Ausschuss für Kultur und Medien | 2. Lesung 24.6.2015 | angenommen

**Gesetz zum Bürokratieabbau in den Kommunen** durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände | [Drs. 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Regionaler Flächennutzungsplan:** Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW) | [Drucksache 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | 1. Lesung 29.4.2015 | schriftliche Anhörung

**Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen** (Änderung des Kinderbildungsgesetzes) | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | Anhörung 17.9.2015

**Gesetz zur Sicherung von Schullaufbahnen und zur Weiterentwicklung des Schulrechts (12. Schulrechtsänderungsgesetz)** | [Drs. 16/8441](#) | Fraktionen der SPD, der CDU und der GRÜNEN | Ausschuss für Schule und Weiterbildung | 2. Lesung 24.6.2015 | angenommen

**Gesetz über die Bestimmung des 31. Oktober 2017 als 500. Jahrestag der Reformation zum Feiertag in Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/8386](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | 2. Lesung 24.6.2015 | angenommen

**Dokumentierung der wirtschaftlichen Gesamtlage eines kommunalen Haushalts** (Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung kommunaler Gesamtabschlüsse) | [Drs. 16/8385](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kommunalpolitik | 2. Lesung 24.6.2015 | angenommen

**Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.2.1998** (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung

und des Katastrophenschutzes) | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung, Innenausschuss | Anhörung 21.8.2015

Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor **Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften** | [Drs. 16/8131](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz zu Bürgerentscheiden:** Abschaffung der Zustimmungsquoren beim Bürgerentscheid, nach denen die Mehrheit der gültigen Stimmen einem bestimmten Einwohneranteil der Kommune entsprechen muss | [Drs. 16/5743](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | 2. Lesung 25.6.2015 | abgelehnt

**Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene:** Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW:** Abwehr von Gefahren, die vom Halten sogenannter Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge:** Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung:** Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen:** Aus bislang zwei Gesetzen soll eines werden | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | 1. Lesung 24.6.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

**Zweites Gesetz zur Änderung des Meldegengesetzes NRW** | [Drs. 16/8934](#) | Landesregierung | 1. Lesung 24.6.2015 | Überweisung an den Innenausschuss



Foto: Schälte

## TITELTHEMA

# Kontrolle gegen Gebühr?

## Experten äußern sich zur Lebensmittelüberwachung

10. Juni 2015 – Pferdefleisch in der Lasagne, Dioxin in Eiern, gefährliche Keime im Gemüse: Es sind Lebensmittelskandale wie diese, die die Verbraucherinnen und Verbraucher in den vergangenen Jahren aufgeschreckt haben und die die staatliche Überwachung der Lebensmittelherstellung in den Fokus des Interesses rückten. Um die Finanzierung dieser amtlichen Kontrollen an Rhein und Ruhr ging es nun in einer Anhörung des Wirtschaftsausschusses.

Sachverständige äußerten sich dort zu der Frage, ob die Unternehmen der Lebensmittelbranche künftig Gebühren für die Regelkontrollen zahlen sollen. Anlass war ein Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/7167](#)), die entsprechende Pläne der rot-grünen Landesregierung kritisch sieht.

Die Fraktion will vielmehr am Grundsatz festhalten, dass die amtliche Lebensmittelüberwachung aus Steuermitteln finanziert wird. Die Absicht der nordrhein-westfälischen Landesregierung, auf eine Gebührenfinanzierung umzustellen, gehe zulasten der Verbraucher und führe zu einer „unzumutbaren Belastung speziell für kleine und mittlere Betriebe“, heißt es im Antrag.

In der Anhörung prallten die Meinungen aufeinander. Die Verbraucherzentrale NRW unterstützt eine Gebührenfinanzierung. In einer schriftlichen Stellungnahme heißt es, dass

es in den vergangenen Jahren eine „Besorgnis erregende Zunahme von Betrugsfällen“ vor allem bei hochpreisigen Lebensmitteln gegeben habe. Die amtliche Kontrolle stoße derzeit an ihre Grenzen. „Um zu vermeiden, dass die Lebensmittelkontrolle zum Nachteil des Verbraucherschutzes in Abhängigkeit von der jeweiligen öffentlichen Haushaltslage erfolgt, sollten für Regelkontrollen verpflichtende Gebühren erhoben werden.“

Die niedersächsische Landesregierung erhebt seit Dezember vergangenen Jahres solche Gebühren. Franz-Christian Falck vom dortigen Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit betonte, die Regelkontrollen seien kein Bestandteil der staatlichen Daseinsvorsorge. Vielmehr seien die Unternehmen Veranlasser der Kontrollen durch ihre risiko-

geneigte Unternehmung selbst. Die Einführung der Gebühren sei daher verfassungsrechtlich zulässig.

Auch der Landesrechnungshof NRW unterstützt eine Gebührenfinanzierung zur Entlastung der kommunalen Haushalte, wie es in einer Stellungnahme für die Anhörung heißt. Ebenso – grundsätzlich – der Landkreistag, allerdings mit der Forderung, dass die „wirtschaftliche Leistungsfähigkeit insbesondere von Kleinunternehmen dadurch nicht gefährdet wird“, wie aus der Stellungnahme hervorgeht.

## Aufwand größer als Ertrag?

Im Städtetag NRW gibt es nach Angaben von Regine Meißner dagegen kein einheitliches Bild. Die Tendenz sei allerdings eher ablehnend bei den kreisfreien Städten, unter anderem, weil ein erhöhter Verwaltungs- und Personalbedarf befürchtet werde. Die Lebensmittelüberwachungsämter und Veterinärämter der Kreise und Städte sind für die Kontrollen zuständig.

Deutliche Kritik an den Plänen zur Gebührenfinanzierung äußerten die Verbände der Lebensmittelbranche. So betonte Klaus Hübenthal von der Dehoga NRW für den Bereich Hotels und Gaststätten, sein Verband halte die Einführung einer Gebührenfinanzierung für verfassungsrechtlich bedenklich. Zudem bestehe die Befürchtung, dass der Aufwand größer sein werde als der Ertrag.

Der Fleischerverband NRW sieht in den Kontrollen – im Gegensatz beispielsweise zum Land Niedersachsen – eine staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge, die nicht über Gebühren finanziert werden dürfe. Dr. Sabine Görgen vom Verband warnte darüber hinaus, dass gerade kleinere Betriebe Gebühren nicht schultern, sie aber wegen des hohen Konkurrenzdrucks auch nicht an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben könnten. Zudem gebe es ein gutes System der Eigenkontrolle. Die Betriebe würden durch die Einführung von Gebühren daher „doppelt zur Kasse gebeten“.

Der Verband des Rheinischen Bäckerhandwerks äußerte sich ähnlich und warnte vor einem Anstieg des Sterbens kleinerer Bäckereien. Walter Dohr vom Verband verwies auf den Fleischerverband auf die Konkurrenz durch Supermärkte und Discounter. Den kleinen Handwerksbetrieben drohe eine enorme Belastung durch die Einführung von Gebühren für die Regelkontrollen.

Die Landesverbände der Lebensmittelkontrolleure im öffentlichen Dienst sowie der Lebensmittelchemikerinnen und -chemiker im öffentlichen Dienst warnten in der Anhörung vor einem steigenden Verwaltungsaufwand durch die Einführung von Gebühren. *wib*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

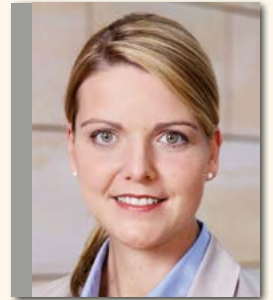
## Meinungen zum Titelthema „Finanzierung der Lebensmittelüberwachung“

# Schlag auf Schlag

[Inge Blask](#)  
(SPD)



[Christina Schulze Föcking](#)  
(CDU)



### ***Die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre ...***

... haben gezeigt, dass das Kontrollniveau in der Lebensmittelüberwachung weiter ausgebaut werden muss. Durch vermehrte Kontrollen steigt die Wahrscheinlichkeit, Missstände frühzeitig zu entdecken, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Wirtschaft rechtzeitig zu schützen. Die amtlichen Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit können durch eine kostendeckende Gebührenfinanzierung verbessert werden.

... sind noch in den Köpfen, täuschen aber darüber hinweg, dass es Ausnahmen waren. Noch nie waren Lebensmittel in Deutschland so sicher wie heute. Durch unser engmaschiges Kontrollnetz konnten viele Vorfälle aufgedeckt werden. Dennoch müssen wir unsere Kontrollen zielorientiert, angemessen und verhältnismäßig weiterentwickeln, um weiterhin ein solch hohes Verbraucherschutzniveau zu gewährleisten.

### ***Amtliche Kontrollen der Kommunen und die Eigenkontrolle in den Unternehmen ...***

... sind die zwei Säulen der Lebensmittelüberwachung. Beide Formen der Kontrolle gilt es, auszubauen und zu optimieren. Dabei wollen wir vor allem die Kontrollintensität und -qualität durch die staatlichen Behörden erhöhen. Bei den Eigenkontrollen in den Unternehmen sind die Qualitätsstandards zu stärken sowie die Pflicht zur Dokumentation zu konkretisieren.

... ergänzen sich und haben sich in den letzten Jahren bewährt. Die Unternehmen haben ein großes Interesse daran, Erzeugnisse zu verkaufen, die höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Die Kommunen vor Ort sind nah am Geschehen und kennen die einzelnen Betriebe. Arbeiten Kommunen und Betriebe partnerschaftlich zusammen, sind die Ergebnisse besser, als wenn man eine entfernte Behörde damit beauftragt.

### ***Wenn Unternehmer der Lebensmittelbranche Gebühren für die Kontrollen zahlen, ....***

... wird die Stärkung des Verbraucherschutzes auf eine erweiterte finanzielle Basis gestellt. Auf diese Weise bezahlt nicht mehr allein der Steuerzahler die Kontrollen, sondern die Unternehmen leisten einen eigenen Beitrag. Damit sichern wir eine qualitativ höhere Überwachung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, dass die Lebensmittelkontrolle nicht von der Kassenlage abhängig ist.

... dann stellt man die Daseinsvorsorge des Staates infrage. Warum soll ein Autofahrer für eine Verkehrskontrolle zahlen, wenn er sich ordnungsgemäß verhalten hat? Ziel muss es sein, die Kontrollen zu verbessern und das Niveau der Lebensmittelsicherheit weiterhin hochzuhalten. Wir müssen konsequent die bestrafen, die sich nicht an die Regeln halten. Aber pauschales Misstrauen ist fehl am Platz.

### ***Kleine und mittlere Betriebe wie Bäckereien und Metzgereien ...***

... sollen durch eine mögliche Einführung von gebührenfinanzierten Regelkontrollen nicht unangemessen belastet werden. Deshalb streben wir an, die Höhe der Gebühren nach der Größe der Unternehmen zu staffeln.

... wären genau die Betriebe, die die Gebühren empfindlich treffen würden. Wenn wir regionale Lebensmittel und die regionale Vielfalt fördern wollen, macht es keinen Sinn, bei den Kleinen die Hand aufzuhalten. Wir sollten um jeden heimischen kleinen und mittleren Lebensmittelerzeuger froh sein. Diese leisten für die Versorgung mit guten Produkten Großes und sichern Arbeitsplätze vor Ort.

[Dr. Birgit Beisheim](#)  
(GRÜNE)



... haben gezeigt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor Gesundheitsgefahren, Täuschungen und Trickereien geschützt werden müssen. Der Verbraucherschutz war und ist grünes Kernanliegen. Grundsätzlich schützt die Lebensmittelüberwachung in NRW vor gesundheitlichen Gefahren, sie liegt in der Verantwortung des Grünen Umweltministers.

... sind zwei wichtige Bausteine des Verbraucherschutzes. Noch effizienter kann die Qualität gesichert werden, wenn sich die Beteiligten stärker abstimmen und auf gemeinsame Standards einigen. Dies kann auch zu Kosteneinsparungen führen.

... werden diese zweckgebunden für die Verbesserung des Verbraucherschutzes eingesetzt. Um die Gebühren gerechter zu verteilen, sollte der risikoorientierte Kontrollansatz verbessert werden. Betriebe mit geringerem Gefährdungspotenzial und jene, die ohne Mängel kontrolliert wurden, werden in der Folge seltener überprüft und damit auch finanziell geringer belastet werden.

... haben ebenso wie die Döner- oder die Würstchenbude andere Bedingungen als Großbetriebe. Die Gebühren sollen sich auch an der finanziellen Leistungsfähigkeit des jeweiligen Betriebes orientieren. Auch die Verbesserung des Sachkundenachweises könnte Kosten senken: Im Bäckerhandwerk gehört der Umgang mit Lebensmitteln zur Ausbildung, ein Sushi-Restaurant kann man heute fast ohne Qualifikation eröffnen.

[Ralph Bombis](#)  
(FDP)



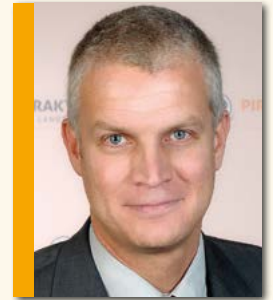
... waren meist Einzelfälle, geprägt von erheblicher krimineller Energie. Trotzdem zeigt sich, dass Lebensmittelkontrollen nicht immer optimal funktionierten. Bundesweite Standards und ein verbesserter Austausch zwischen den Ländern sind notwendig. Zudem müssen die inhaltlichen Standards der Kontrollen gestärkt werden, dabei wäre die von Rot-Grün beabsichtigte Einführung von Regelgebühren kontraproduktiv.

... müssen qualitativ gestärkt werden. Die Eigenkontrollkonzepte der Unternehmen sollten mit umfassenden Qualitätsmanagement- und Produktsicherheitskonzepten ergänzt und deren verbindliche Einhaltung von unabhängigen Kontrollinstituten überprüft werden. Aufgabe der amtlichen Lebensmittelkontrolle wäre dann in erster Linie die „Kontrolle der Kontrolleure“ – was zudem öffentliche Haushalte entlastet.

... führt das in NRW nicht zu mehr Lebensmittelsicherheit, dafür aber zu Belastungen und Wettbewerbsnachteilen, die Unternehmen in anderen Bundesländern nicht zu tragen haben. Betriebe, die sauber arbeiten, sich an hohe Standards halten und sich nichts vorzuwerfen haben, dürfen nicht zum Ausbügeln der von Rot-Grün verursachten kommunalen Haushaltsschieflage herangezogen werden.

... sind als mittelständische Handwerksbetriebe lokal verwurzelt und bilden das Rückgrat unserer nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Sollte Rot-Grün ernst machen und die Pflichtgebühren einführen, müssen sie je nach Umfang der Kontrolldichte mit teils erheblichen Sonderbelastungen bis hin zur Existenzgefährdung rechnen. Das wäre ein Schlag ins Gesicht für tausende Ausbildungsbetriebe.

[Daniel Schwerd](#)  
(PIRATEN)



... haben immer wieder zu hektischen Reaktionen seitens der Regierungsbehörden geführt. Wir brauchen mehr staatliche und auch Eigenkontrollen, um proaktiv die Sicherheit unserer Lebensmittel gewährleisten zu können.

... stehen nicht in Konkurrenz, sondern ergänzen sich. Beide Säulen der Lebensmittelüberwachung sind notwendig, um Verbraucher konsequent vor Gesundheitsgefahren zu schützen und ein möglichst engmaschiges Netz an Kontrollen zu schaffen. Dies nützt nicht zuletzt den Unternehmen selbst. Klar ist: An der Lebensmittelüberwachung darf nicht gespart werden!

... dann muss sichergestellt werden, dass die daraus erzielten Einnahmen tatsächlich der verbesserten Lebensmittelkontrolle zugutekommen. Eine Zweckbindung würde verhindern, dass die Gelder im allgemeinen Kommunalhaushalt versickern. Der Eindruck, dass Kontrollen nur deshalb durchgeführt werden, um Einnahmen zu generieren, muss durch eine transparente Arbeitsweise vermieden werden.

... dürfen durch eine gebührenfinanzierte Regelkontrolle nicht über ihre Verhältnisse belastet werden. Bereits die Kosten der Auswertung einzelner Lebensmittelproben können für Kleinbetriebe existenzbedrohend sein. Eine intelligent gestaffelte Gebührenordnung ist daher notwendig. Es darf nicht dazu kommen, dass Beratungsgespräche durch eine zeitabhängige Gebührenabrechnung erschwert werden.



Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## FDP-Antrag zur Erbschaftsteuer

2.6.2015 – Die Neuregelung der Erbschaftsteuer war Thema einer Sachverständigenanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses. Grundlage: ein Antrag der FDP-Fraktion ([Drs. 16/8134](#)). Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach Teile des Erbschaftsteuergesetzes nicht vereinbar mit dem Grundgesetz sind. Der Bundesgesetzgeber muss daher eine Neuregelung treffen. Die FDP kritisiert die vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Eckpunkte als unzureichend und fordert u.a., dass Familienunternehmen und deren Arbeitsplätze nicht durch eine höhere Erbschaftsteuer gefährdet werden dürfen.

## Chancen junger Migranten

10.6.2015 – Mit der Ausbildungssituation junger Migranten hat sich der Integrationsausschuss befasst. Prof. Dr. Josef Rützel (TU Darmstadt) stellte Ergebnisse einer repräsentativen Betriebsbefragung zum Thema vor. So beklagten Unternehmen, dass sie Ausbildungsplätze mangels geeigneter Bewerber nicht besetzen könnten. Andererseits fänden überproportional viele Jugendliche aus dieser Gruppe keine Lehrstelle. 15,2 Prozent der ausbildungsaktiven Betriebe beschäftigten junge Leute mit Migrationshintergrund. Befragt wurden 1.011 Betriebe in Deutschland.

## „Antänzer“-Antrag abgelehnt

11.6.2015 – Der Innenausschuss hat den Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/6857](#)) abgelehnt, das sogenannte Antänzen als spezielles Delikt des Taschendiebstahls in die polizeiliche Kriminalstatistik aufzunehmen. „Antänzer“, so die CDU, hätten sich zum Problem im Nachtleben

von Großstädten entwickelt. Die Trickdiebe näherten sich ihren Opfern, forderten sie zum Schunkeln oder Mittanzen auf, hätten es tatsächlich aber auf deren Smartphones und Geldbörsen abgesehen. Abgelehnt wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN, die FDP enthielt sich.

## Videoüberwachung

11.6.2015 – Die PIRATEN hatten ein öffentliches Register für Videoüberwachungskameras gefordert – u.a., um mehr Transparenz zu schaffen. Sie konnten sich mit ihrem Antrag ([Drs. 16/5280](#)) im Innenausschuss aber nicht durchsetzen. Alle anderen Fraktionen stimmten dagegen.

## Bis zu sechs Monate Wartezeit

16.6.2015 – Die Finanzämter haben im vergangenen Jahr zwischen fünf Wochen und sechs Monaten benötigt, um Steuererklärungen von Arbeitnehmern sowie Freiberuflern und Gewerbetreibenden zu bearbeiten. Dies teilte die Landesregierung im Unterausschuss „Personal“ mit ([Drs. 16/3009](#)). Vorausgegangen war eine entsprechende Anfrage der CDU. Die Bearbeitungsdauer habe sich in den vergangenen Jahren kaum verändert und hänge von der Komplexität des Einzelfalls ab, so die Landesregierung. Bei den Steuererklärungen von Arbeitnehmern weise NRW im Ländervergleich die drittkürzeste Bearbeitungszeit auf, bei Freiberuflern und Gewerbetreibenden liege man im Mittelfeld.

## Zukunft des Handwerks

23.6.2015 – Die Enquetekommission zur „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in NRW“

hat ihre Arbeit aufgenommen. Die Mitglieder kamen am 23. Juni 2015 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Einsetzung der Kommission war im Mai auf Antrag der FDP-Fraktion einstimmig vom Landtag beschlossen worden. Das Gremium soll „Impulse zur Sicherung und Stärkung von Qualifikation und Fachkräftenachwuchs sowie Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit“ erarbeiten.

## Bericht zur „Noten-Affäre“

17.6.2015 – Der Wissenschaftsausschuss hat sich mit der sogenannten Noten-Affäre um den Lehrauftrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet an der RWTH Aachen befasst. Den Abgeordneten wurde ein Bericht des Landeswissenschaftsministeriums ([Drs. 16/2999](#)) vorgelegt. Dieses hat die Rechtsaufsicht gegenüber der Hochschule. In dem Bericht heißt es u.a.: „Nach derzeitigem Sach- und Kenntnisstand kann nicht bestätigt werden, dass Herr Laschet die ihm als lehrbeauftragtem Prüfer obliegende Sorgfalt voll umfänglich hat walten lassen.“ In der Sitzung kritisierten SPD und GRÜNE, dass noch viele Fragen offen seien. Es gehe auch um das Ansehen des Wissenschaftssystems in NRW. Zudem handle sich nicht um eine „Lappalie“. Die PIRATEN unterstützten dies. Allerdings sprengte die Art und Weise, wie mit dem Fehler eines Politikers umgegangen werde, jedes Maß. Für die FDP ist der Sachverhalt „im Wesentlichen geklärt“. Ob Laschet klug mit dem Thema umgegangen sei, könne nicht Thema des Ausschusses sein. Die CDU betonte, dass der Bericht die Darstellung von Laschet belege. Dieser habe sich zwei Mal mit der Hochschule über die Vorgehensweise abgesprochen. Dabei hätten beiden Seiten stets das Wohl der Studenten im Auge gehabt.

# Sorgen um den Schiri

## Sportausschuss diskutiert Gewalt gegen Fußball-Schiedsrichter

9. Juni 2015 – Die Hemmschwelle sei gesunken, sagte Dr. Stephan Osnabrügge vom Westdeutschen Fußball- und Leichtathletikverband. Ein flächendeckendes Gewaltproblem gebe es im Amateurfußball aber nicht. Um Konflikte auf dem Platz möglichst zu verhindern, würden Schiris speziell geschult.

„Schiri, wir wissen, wo dein Auto steht!“ Es sind nicht nur „nette“ Worte, die Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter auf dem Fußballplatz hören. Meist bleibt es bei verbalen Attacken, doch auch tätliche Übergriffe kommen vor. „Die Hemmschwelle ist gesunken“, bestätigte Dr. Stephan Osnabrügge, Präsidiumsmitglied im Westdeutschen Fußball- und Leichtathletikverband (WFLV), während einer Sitzung des Sportausschusses. Wo früher geschubst wurde, werde heute geschlagen. Von einem „flächendeckenden Gewaltproblem im Amateurfußball“ könne dennoch nicht die Rede sein.

Der Ausschuss hatte sich mit dem Thema „Gewalt gegen Schiedsrichter“ befasst. Vorausgegangen war ein Antrag der PIRATEN, die um einen Bericht der Landesregierung gebeten hatten. Man sei sich des Problems bewusst und betrachte entsprechende Vorfälle mit Sorge, hieß es in der Stellungnahme des Sportministeriums. Angriffe auf Schiedsrichter seien gemessen an der Gesamtzahl der Spiele jedoch eher selten. Grundsätzlich sei der Sport selbst für den reibungslosen Ablauf seiner Veranstaltungen verantwortlich. Man habe daher den WFLV um einen Bericht gebeten.

### Einzelversagen des Spielers

Dr. Stephan Osnabrügge, der es als Schiedsrichter selbst bis in die zweite Bundesliga geschafft hat, berichtete im Ausschuss von einer Erhebung des Deutschen Fußballbundes (DFB) aus dem vergangenen Jahr. Bei einer Million Spielen sei es zu 3.000 Störungen gekommen, die Schiedsrichter als Gewalt gegen sich empfunden hätten. Es seien also 0,3 Prozent der Begegnungen betroffen gewesen. Angriffe seien in der Regel das „Einzelversagen eines Spielers“, Hintergrund meist Probleme aus dessen sozialem Umfeld. Aufgrund des körperlichen Kontaktes könnten Konflikte beim Fußball zudem schneller eskalieren als bei anderen Sportarten. Übergriffe von Spielern seien allerdings nur sehr selten ein Grund dafür, dass Schiedsrichter ihr Hobby aufgeben, berichtete Osnabrügge. Neben beruflichen Gründen und Zeitmangel sei für eine solche Entscheidung meist „fehlende Wertschätzung“ ausschlaggebend.

Um Konflikte auf dem Platz möglichst zu vermeiden, würden Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter gezielt in Deeskalationstechniken ausgebildet. „Wir haben auch wieder Ritu-

ale eingeführt“, berichtete Osnabrügge. Dazu gehörten das gemeinsame Auflaufen sowie der Handschlag zu Beginn und möglichst auch am Ende des Spiels. Darüber hinaus schule man Ordner und bilde sogenannte Konflikt-Coaches aus, um Vorfälle aufzuarbeiten und Lehren aus ihnen zu ziehen.

Wünschenswert, so Osnabrügge, seien außerdem ehrenamtliche „Konflikt-Interventionsteams“. Die Teams, bestehend aus jeweils einer Frau und einem Mann, könnten bei Vorfällen gleich am Folgetag die Vereine besuchen und mit den betroffenen Spielern sprechen. „NRW bräuchte 20 dieser Teams“, sagte er. Die Ausbildungskosten bezifferte das WFLV-Präsidiumsmitglied auf 30.000 bis 40.000 Euro. Etwa so hoch seien auch die laufenden Kosten für die Teams. „Die drei Landesverbände haben dieses Geld aber nicht.“

Dem Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an. Ob der Spruch „Schiri, wir wissen wo dein Auto steht“ schon als Aufruf zur Sachbeschädigung zu verstehen sei, wollte [Rainer Bischoff](#) (SPD) wissen. „Schiedsrichter nehmen so etwas eher locker“, berichtete Osnabrügge. [Josefine Paul](#) (GRÜNE) wies auf die Notwendigkeit hin, neben dem Thema „Gewalt“ auch „Diskriminierung und Antidiskriminierung“ in die Präventionsarbeit einzubeziehen. [Dr. Björn Kerbein](#) (FDP) sprach die Rolle der Eltern an. In der Tat, so Experte Osnabrügge, brächten gerade Eltern oft Unruhe ins Spiel. Der Verband habe deshalb Karten mit Verhaltensregeln drucken lassen, die Kinder vor dem Spiel an die Eltern verteilen. Doch auch das Verhalten von Bundesliga-Trainern sei nicht immer vorbildlich. Deren Ausras-

ter vom Samstag würden am Sonntag auf den Amateurplätzen nachgeahmt. [Holger Müller](#) (CDU) wies auf das Projekt „Fair-Play-Liga“ hin, bei dem Kinder ihre Fußballspiele ohne Schiedsrichter austragen, bezweifelte jedoch, dass dies auch bei Älteren noch funktioniere. [Lukas Lamla](#) (PIRATEN) riet, die Verbände nicht allein zu lassen und zu überlegen, wie sie unterstützt werden könnten. zab

Foto: Schälte



# „Es war der beste Scherz

## Der Weg zum deutschen Pass

27.737 Menschen wurden im vergangenen Jahr in NRW eingebürgert. Das waren 6,4 Prozent weniger als im Jahr 2013. Die meisten hatten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit.

„Halten Sie an Ihren Wurzeln fest – und lassen Sie neue wachsen.“ Dies riet Landtags-Vizepräsident Eckhard Uhlenberg den 171 Frauen und Männern, die am 8. Juni 2015 zur Einbürgerungsfeier ins Parlamentsgebäude gekommen waren. „Wir haben großen Respekt für Ihre bewusste Entscheidung, die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen, denn das Verfahren ist ja schließlich nicht ohne jeden Aufwand zu durchlaufen. Unser Wunsch lautet: Mögen alle Ihre Hoffnungen und Wünsche in Erfüllung gehen“, sagte Uhlenberg während der Feierstunde, an der auch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) teilnahm.

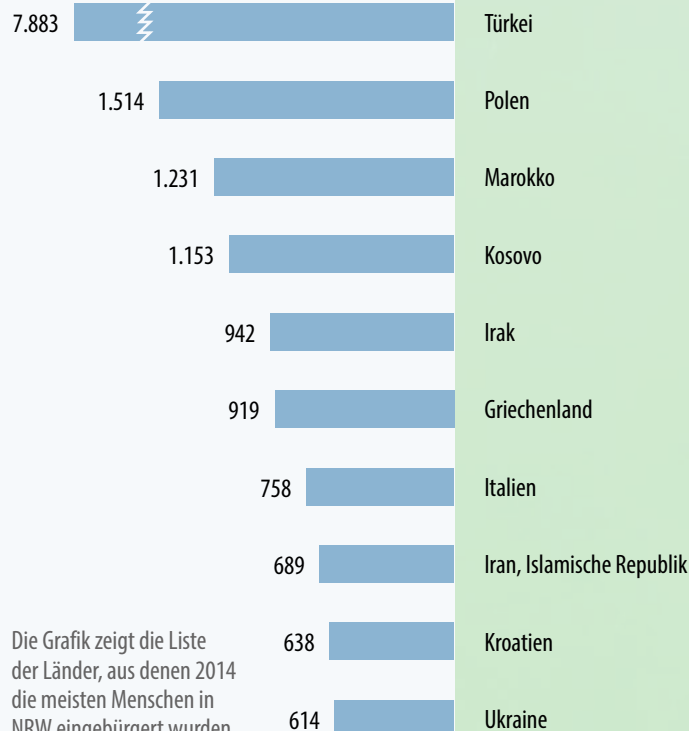
Nach Angaben des Statistischen Landesamts wurden im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen 27.737 Menschen eingebürgert – 6,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl habe damit erstmals seit 2009 wieder unter 28.000 gelegen. Die meisten der neuen deutschen Staatsbürger hatten zuvor die türkische Staatsangehörigkeit (28,4 Prozent). Den Anteil von Personen aus EU-Staaten bezifferte das Landesamt auf 21,6, den von Personen aus dem übrigen Europa auf 41,7 Prozent. 20,3 Prozent seien aus Asien gekommen, 12,6 aus Afrika. Nahezu die Hälfte aller Eingebürgerten habe bereits seit mindestens 15 Jahren in Deutschland gelebt.

## Voraussetzungen

Wer eingebürgert werden möchte, muss nach Angaben der Landesregierung eine ganze Reihe an Voraussetzungen erfüllen. So müssen Bewerber seit acht Jahren rechtmäßig in Deutschland leben, ein „gefestigtes Aufenthaltsrecht“ besitzen und in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Vorausgesetzt werden außerdem Straffreiheit und das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung unseres Grundgesetzes. Darüber hinaus müssen Bewerberinnen und Bewerber über ausreichende Deutschkenntnisse und Kenntnisse der deutschen

Rechts- und Gesellschaftsordnung verfügen. Grundsätzlich, so das Innenministerium, setze das Staatsangehörigkeitsrecht für die Einbürgerung die vorherige Aufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit voraus. In einer Reihe von Fällen, etwa bei der Einbürgerung von EU-Bürgern, werde allerdings auf die Aufgabe des ausländischen Passes verzichtet und Mehrstaatigkeit hingenommen.

In NRW gibt es 85 Einbürgerungsbehörden – die Kreise, die kreisfreien Städte, die großen kreisangehörigen Städte sowie die Städteregion Aachen. Die Einbürgerungskosten betragen pro Person 255 Euro, für minderjährige Kinder 51 Euro.



Quelle: IT.NRW

171 Frauen und Männer, die zwischen Juni 2014 und Juni 2015 in Nordrhein-Westfalen eingebürgert wurden, trafen sich am Montag, 8. Juni 2015, zu einer offiziellen Begrüßungsfeier im Landtag. Zwischen alter und neuer Heimat liegen mitunter Tausende von Kilometern. Eine von ihnen ist Christine Andrea Jones aus Trinidad und Tobago.

Trinidad und Tobago, ein Inselstaat in der Karibik. Die Küste Venezuelas ist nicht weit. Christine Andrea Jones lebt auf Trinidad, der größeren der beiden Inseln. Sie ist IT-Spezialistin mit einem Master in Informatik, hat einen guten Job

# meines Lebens“

bei einer Gesellschaft für Projektmanagement mit weiteren Standorten in Deutschland und in der Schweiz. Und sie hat Lust auf ein Abenteuer. „Ich habe meinen Chef gefragt, ob ich vielleicht mal ein halbes Jahr lang in Deutschland arbeiten könnte“, erzählt die heute 40-Jährige und gesteht: „Im Grunde war das nur ein Scherz.“ Ihr Chef aber findet die Idee gut. Und so setzt sie sich ins Flugzeug. Ihr Ziel: Düsseldorf, gut 7.500 Kilometer entfernt. Das war am 4. Dezember 2001.

Christine Andrea Jones ist geblieben. Seit kurzem hat sie sogar einen deutschen Pass. Und natürlich war sie auch bei der großen Einbürgerungsfeier am 8. Juni 2015 im Landtag dabei. 171 Frauen und Männer aus Thailand und der Türkei, aus Kasachstan und Kamerun, aus Mexiko und Marokko, aus Polen, Portugal und vielen anderen Ländern wurden an diesem Abend „offiziell“ in Nordrhein-Westfalen begrüßt.

„Ich wollte damals eigentlich nur etwas Neues erleben“, erzählt Jones. Neugierig sei sie gewesen,

auf Europa und auf die Menschen, die dort leben. Dass sie kaum ein Wort Deutsch spricht – egal. Dass Eltern und Geschwister, Onkel und Tanten, Cousins und Cousinen auf der Karibik-Insel zurück bleiben – auch das kein Problem, weil man sich ja in ein paar Monaten wiedersehen wird. Doch es kommt anders. Als Akademikerin mit festem Einkommen erhält sie zunächst eine auf fünf Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis, die damals sogenannte Green Card, danach eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

## Warme Jacke

Sie erinnert sich gut an den Tag, als sie in Düsseldorf aus dem Flugzeug stieg. Ihr Düsseldorfer Chef hatte sie erwartet und extra eine warme Jacke seiner Frau mitgebracht. Willkommen im deutschen Winter. Er hatte auch schon eine Wohnung besorgt. Dank vieler hilfsbereiter Kolleginnen und Kollegen, von denen sie einige aus Trinidad kannte, lebt sich die junge Frau schnell in Deutschland ein. „Nach sechs Monaten kam meine Mutter zu Besuch“, erzählt Christine Andrea Jones. „Ich glaube nicht, dass sie zurückkommt“, habe die Mutter erzählt und sie sollte Recht behalten. Die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben und die Einbürgerung

zu beantragen, fiel jedoch später: „Das war 2012, nach dem Tod meiner Mutter. Eine wichtige Verbindung nach Trinidad war plötzlich weg. Ich fühlte mich heimatlos.“

## Papageien in Bäumen

Alle zwei Jahre fliegt sie nach Trinidad und Tobago, besucht Freunde und Verwandte. Dann freut sie sich wieder über die vielen bunten Blumen auf der Insel, über Papageien, die in den Bäumen hinterm Haus sitzen: „Früher war das alles so selbstverständlich, dass ich es gar nicht mehr wahrgenommen habe.“

Wo sie sich zu Hause fühlt? „Ich bin als Erwachsene nach Deutschland gekommen“, meint Jones, „das ist etwas anderes als bei Kindern. Ich gehöre jetzt hier hin und entferne mich von meiner Heimat. Das ist aber ein langer Prozess.“ Bereut habe sie ihre Entscheidung nie. Am meisten schätze sie in Deutschland die Möglichkeiten, die sich den Menschen böten. Die seien in Trinidad und Tobago eher begrenzt gewesen. Was die Menschen in Deutschland von denen in ihrer Heimat unterscheide? Deutsche, sagt sie, vertrauen auf Regeln: „Sie gehen ohne zu gucken bei Grün über die Straße, weil sie erwarten, dass die Autos halten.“ In Trinidad sei das anders: „Da muss man auf alles vorbereitet sein.“

Vielleicht seien die Menschen dort deshalb etwas flexibler.

In Düsseldorf trifft sie den Deutschen Simon Elter (41) wieder, beide arbeiten im selben Unternehmen und kennen sich bereits aus Trinidad. Aus Freundschaft wird Liebe. Seit 2007 sind die beiden zusammen und erleben gerade ein Jahr, das sie so schnell nicht vergessen werden: Einbürgerung: 10. März. Schlüsselübergabe fürs neue, eigene Haus: 28. Mai. Hochzeit: 17. Juli. Und für den 21. Oktober hat sich Nachwuchs angekündigt. „Das alles nur wegen eines Witzes“, sagt Jones. „Es war der beste Scherz meines Lebens.“ *zab*

Foto: Schälte



# AUS DEN FRAKTIONEN

## Schnelles Internet bis 2018 in ganz NRW

In NRW liegt die Abdeckung mit Breitband der Übertragungsrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde bei etwa 73,5 Prozent. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat schnelles Internet für alle bis 2018 versprochen. Für den Leitungsbau sind vor allem Netzbetreiber verantwortlich. Dafür benötigen sie eine ausreichende Kundenzahl, um die Ausgaben zu refinanzieren. „Deshalb wollen wir in vom Breitbandausbau benachteiligten Gebieten auch Fördermittel von Land, Bund und EU einsetzen. Wir unterstützen die Kommunen im ländlichen Raum dabei mit etwa 60 Millionen Euro und werden die kompletten Einnahmen des Landesanteils aus der Versteigerung der 700-Megahertz-Frequenzen in den Ausbau des schnellen Netzes investieren. Nach ersten Berechnungen werden dies rund 125 Millionen Euro sein. So werden wir eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherstellen“, erklärt Rainer Schmeltzer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. Darüber hinaus habe das Land auch für das „Juncker-Investitionspaket“ von etwa 315 Milliarden Euro für EU-Investitionsvorhaben Projekte angemeldet.

Der wichtigste Motor für den Breitbandausbau seien engagierte Akteure vor Ort. Eine einzelne Stadt habe nur beschränkte Möglichkeiten. „Hier sind kommunal- und kreisübergreifende Initiativen gefragt, um die Zukunftsaufgabe Breitbandausbau gemeinsam anzugehen. Breitbandbeauftragte in den Kreisen und kreisfreien Städte können wesentlich dazu beitragen“, sagt Rainer Schmeltzer.



Rainer Schmeltzer  
(SPD)

Schnelles Internet ist auch ein entscheidender Faktor auf dem Weg zur Digitalisierung der Wirtschaft, also hin zur Industrie 4.0. Doch Studien zeigen, dass sich der Mittelstand noch nicht an das Thema herantraut. Eine Umfrage der Commerzbank unter knapp 1.000 NRW-Mittelständlern ergab, dass sich die Mehrheit (64 Prozent) immer noch eher abwartend verhält, während lediglich 14 Prozent

als „digitale Vorreiter“ bezeichnet werden können. Um große Datenmengen schnell übertragen zu können, brauchen sie schnelle Verbindungen. ■



## Gewalt gegen Einsatzkräfte zum Thema machen

Die Gewalt gegen Polizisten, Feuerwehreute und Rettungskräfte hat in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Während im Jahr 2011 rund 6.000 Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen Opfer einer Straftat geworden sind, belief sich die Zahl im Jahr 2014 auf 7.900. Das ist ein Zuwachs von gut 30 Prozent innerhalb von vier Jahren. Bei den Feuerwehreuten war im gleichen Zeitraum sogar eine Steigerungsrate von 67 Prozent zu verzeichnen. „Dass die rot-grüne Landesregierung dieser dramatischen Entwicklung tatenlos zusieht, macht deutlich, welch geringen Stellenwert SPD und GRÜNE dem Schutz dieses Personenkreises einräumen“,



Theo Kruse (CDU)

erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Theo Kruse. „Dieses Verhalten wird der wichtigen Arbeit dieser Menschen nicht gerecht.“

Noch im Rahmen ihrer Regierungserklärung im Jahr 2012 hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft angekündigt, die Landesregierung wolle dieser Entwicklung künftig durch eine jährliche „Woche des Respekts“ entgegenwirken.

Davon gesehen hat man allerdings noch nichts. „Diese großspurige Ankündigung ist bis heute kein einziges Mal umgesetzt worden“, beklagt Kruse. „Die Landesregierung muss mit ihren Versprechungen endlich ernst machen.“ Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion eine Kleine

Anfrage an die Landesregierung gerichtet und um Mitteilung des aktuellen Planungsstandes gebeten. Wird die angekündigte „Woche des Respekts“ im Jahr 2015 zum vierten Mal in Folge ausfallen? Oder wird die rot-grüne Landesregierung endlich Maßnahmen zum Schutz von Polizisten, Feuerwehr und Rettungskräften ergreifen?

„Unsere Fraktion hat die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte in der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause auch im Landtag zum Thema gemacht. Die Landesregierung darf nicht weiterhin wegschauen“, so Kruse.



Die Landtagsfraktion  
**CDU**

## Gleiche Liebe, gleiche Rechte!

Was die katholischen Iren können, können wir schon lange: Die GRÜNE Landtagsfraktion fordert die schnelle Zulassung gleichgeschlechtlicher Ehen auch in Deutschland. Das Votum der Iren ist ein großartiges Signal, denn das faktische Eheverbot für Lesben und Schwule hierzulande stellt eine konkrete und symbolische Diskriminierung dar. In einem demokratischen Rechtsstaat ist Gleichberechtigung eine Selbstverständlichkeit. Das Ducken der CDU vor einer aus der Zeit gefallenen Haltung, die wahrscheinlich nur noch eine Mehrheit in der CSU findet und in Parteien, die deutlich rechts davon stehen, ist nicht weiter hinnehmbar.

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften dürfen nicht länger als Verantwortungsgemeinschaften zweiter Klasse benachteiligt werden.



Josefine Paul (GRÜNE)

Auch nicht beim Adoptionsrecht. Bislang allerdings sperrt sich der Bund, obwohl es eine Mehrheit im Bundestag geben würde.

Der Bundesrat hat sich bereits 2013, auch auf Initiative von NRW, für die Öffnung der Ehe ausgesprochen. Und auch aktuell hat der Bundesrat mit den Stimmen von NRW erneut für die Öffnung der Ehe votiert. Landesrechtlich hat NRW bereits 2011 die volle beamtenrechtliche Gleichstellung vollzogen. Der Bund täte also gut daran, sich der mehrheitlichen Auffassung der Länder und vor allem der Menschen anzuschließen und endlich das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Paare aufzuheben.



## Traditionelles Sommerfest der FDP-Landtagsfraktion NRW



„Olympia für Hamburg – NRW für den Sport“ – unter diesem Motto hat die FDP-Landtagsfraktion ihr traditionelles Sommerfest gefeiert. Mehr als 700 Gäste sind der Einladung gefolgt. Eigens für diesen Abend haben die Freien De-

mokraten viel „Hamburg-Feeling“ in die NRW-Landeshauptstadt gebracht. Neben „Hamburg“ war das Sportliche Leitthema des Abends. Die Gäste konnten auch selbst aktiv werden, Torwandschießen, Tischtennis gegeneinander oder gegen einen Roboter spielen oder beim Basketball Körbe werfen.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner begrüßte die Gäste mit einem Plädoyer für den olympischen Geist in Deutschland: „Schneller, höher, weiter – dieses Bemühen, immer besser zu werden, der Erste sein zu wollen, das begeistert die ganze Menschheit.“ Wettbewerb bringt Fortschritt, das gilt im Sport wie in Gesellschaft und Wirtschaft. „Ohne Wettbewerb ist der technologische Fortschritt nicht denkbar und ohne

Fortschritt zerfällt unser Wohlstand von heute.“ Bei einer Talkrunde diskutierten Ulrike Nasse-Meyfarth (Olympiasiegerin im Hochsprung), Katja Suding (Vorsitzende der FDP-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft), Ole Bischof (Vizepräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes), Mathias Mester (Welt- und Europameister im Speerwurf), moderiert von Prof. Dr. Gerhard Nowak, wie Hamburg es schaffen kann, den gemeinsamen Traum von „Olympia 2024“ wahr werden zu lassen.

Die Gäste sind sich einig: Nächstes Jahr sehen wir uns wieder.



## Jede Stimme zählt!

Dass jede Stimme zählt, ist eine Forderung, die in einer Demokratie keine Forderung sein dürfte. Das sollte gelebte Realität sein. Doch ab wann möchten wir einem Menschen eine Mitbestimmung in der Gesellschaft zugestehen?

Dies sollten wir nicht nur im Bereich des Wahlalters betrachten, denn es gibt in unserer Gesellschaft eine große Gruppe von Menschen, die ohne Stimme in unserer Gesellschaft leben. Die Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft haben alle Pflichten der Gesellschaft zu erfüllen, selbstverständlich halten sie sich an Gesetze und zahlen ihre Steuern.



Torsten Sommer, Sprecher der Piratenfraktion NRW in der Verfassungskommission

Steuerzahlen ohne Mitbestimmung war in Nordamerika ein Mitauslöser des Unabhängigkeitskampfes. „No taxation without representation!“ war die Parole. Diese Ungleichbehandlung hat schon vor über 200 Jahren zu nachhaltigen, gesellschaftlichen Umbrüchen gesorgt.

Wir haben die Chance, dies geregelt und im Miteinander mit den Migranten, die hier seit Jahren und Jahrzehnten leben, anzugehen. Hier ist die Politik in der Pflicht. Verfassungsrechtliche

Bedenken muss man dabei zwar berücksichtigen. Aber wie Professor Andreas Voßkuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

unlängst sagte, kann jedes Bundesland im eigenen Verantwortungsbereich unseren Föderalismus, der uns so starkmacht, leben. Eine entsprechende, rechtssichere Ausgestaltung ist also möglich. Oder wie ein Sachverständiger in der großen Anhörung zum Wahlrecht sagte: „Seien Sie mutig, aber nicht radikal! Gehen sie vorwärts und schaffen Sie neue Regeln!“ Wir treten weiter für das Ausländerwahlrecht ein – denn jede Stimme, jeder Mensch, zählt!



**PIRATEN FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW

# „Nicht nur meckern“

## Debatten mit Herzblut beim 7. Jugend-Landtag

11.-13. Juni 2015 – Sie kamen aus unterschiedlichen Regionen Nordrhein-Westfalens, brachten unterschiedliche Erfahrungen und Erwartungen mit. Gemeinsam waren allen 237 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 7. Jugend-Landtags die Lust, Politik zu machen, und die Leidenschaft, sich für ihr Thema einzusetzen.

Und so mündete der dreitägige Jugend-Landtag 2015 in einer emotionsgeladenen Plenarsitzung, in der die Jugendlichen mit Herzblut debattierten und für ihre Anträge warben (siehe Kasten). Politikverdrossene Jugend? Keine Spur davon. Zuvor hatten sie in Fraktions- und Ausschusssitzungen den Alltag in einem Parlament und die Abläufe einer parlamentarischen Demokratie kennengelernt – als Vertreter der „echten“ Abgeordneten, bei denen sie sich beworben hatten.

### „Erstaunlich diszipliniert“

„Wenn ich mich über Dinge ärgere, dann will ich nicht nur meckern, sondern anpacken und etwas ändern.“ Tim Münster (15, Bild o.) findet, dass es auch für Jugendliche viele Möglichkeiten gibt, sich politisch einzubringen, etwa in der Schülervertretung oder in einer Partei. Der Schüler aus Aachen, der den Abgeordneten Karl Schultheis (SPD) vertrat, war zum Vorsitzenden der SPD-Jugend-Landtags-Fraktion gewählt worden. Wie er seine erste Fraktionssitzung fand: „Erstaunlich diszipliniert und höchst motiviert.“

Diese Erfahrung machte auch Ramtin Rozekhkan (2.v.o.). Der 18-jährige Abiturient aus Köln war Vorsitzender der CDU-Jugend-Landtags-Fraktion



und erlebte als Vertreter von Christian Möbius (CDU) „engagierte und interessierte“ junge Abgeordnete. Diese seien sich bewusst gewesen, welche Chance ihnen geboten worden sei. Er selbst empfand den Fraktionsvorsitz als „Ehre“.



Einzige Frau in der Riege der Fraktionsvorsitzenden war Lorea Katharina Brahmman-Echeverria (17, m.) für die GRÜNE (Abgeordnete: Verena Schäffer). Der Schülerin aus Witten ist das politische Interesse in die Wiege gelegt worden – durch ihre Familie, wie sie berichtete. Warum sie sich für den Fraktionsvorsitz beworben hat: „Weil ich gerne meine Meinung verrete.“



Auch der 17-jährige Leonard Berndt (2.v.u.) aus Bonn brachte bereits erste politische Erfahrungen mit. Der Vorsitzende der FDP-Jugend-Landtags-Fraktion, der für den Abgeordneten Dr. Joachim Stamp (FDP) im Landtag war, ist bei den Jungen Liberalen aktiv. Im vergangenen Jahr habe er bereits ein Praktikum im Landtag absolviert. Doch das reichte ihm nicht. „Ich wollte die Erfahrung machen, wie es ist, als Abgeordneter zu arbeiten“, erklärte er seine Motivation für die Bewerbung.



Johann Vohn (u.) hatte dagegen in der Zeitung von der Möglichkeit gele-

sen, sich beim Abgeordneten Lukas Lamla (PIRATEN) als Jugend-Landtagsabgeordneter zu bewerben – und schaffte den Sprung an die Spitze der PIRATEN-Fraktion. Den Jugend-Landtag empfand er als „sehr interessant, weil man zwar immer die politischen Meinungen hört, aber selten die Gelegenheit hat zu sehen, wie Politik funktioniert. Ich bin begeistert, dass ich das machen kann“, erzählte der 20-jährige Student aus Aachen.

zab/wib

## Die Beschlüsse des 7. Jugend-Landtags

- In der Plenarsitzung am 13. Juni 2015 haben die Abgeordneten des diesjährigen Jugend-Landtags jeweils mit Mehrheit Anträge zur Schul- und Hochschulpolitik beschlossen. Im Mittelpunkt des Antrags mit dem Titel „Die Vergabe von Studienplätzen gerechter gestalten“ standen der Numerus Clausus (NC) und die Forderung, auch andere Auswahlkriterien zum Studium zuzulassen.
- In dem Antrag „Mehr fürs Leben/den Alltag in der Schule lernen“ sprachen sich die Abgeordneten dafür aus, künftig mehr Alltagswissen in der Schule zu unterrichten. Anlass war der viel beachtete Tweet einer 17-jährigen Schülerin aus Köln, die beklagt hatte, dass genau dies fehle.
- Die Jugendlichen beschlossen darüber hinaus einen Eilantrag, in dem sie forderten, dass alle Arten von Partnerschaften ungeachtet der „Sexualität, Identität und Neigung“ der jeweiligen Partner rechtlich vollständig mit der Ehe gleichgestellt werden sollen.
- In einer Aktuellen Stunde diskutierte der Jugend-Landtag über die Situation von Flüchtlingen in NRW und äußerte fraktionsübergreifend Kritik, dass es in der Bevölkerung an Aufklärung mangle. Dies führe zu Konflikten und Vorurteilen.
- Die Beschlüsse werden nun an den „echten“ Landtag NRW weitergeleitet, der sich damit befassen wird.

Mehr Berichte über den Jugend-Landtag sowie ein Video der Plenarsitzung finden Sie im Internet unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Landtagspräsidentin Carina Gödecke (2.v.l.) mit dem Präsidium des 7. Jugend-Landtags (v.l.): die Vizepräsidentinnen Asli Davarci und Ann-Christin Sickau, der Präsident des Jugend-Landtags, Malte Schade, sowie die Vizepräsidenten Felix Keune und Armin Hackenberger.

Fotos: Schälte



## Persönlich: Axel Wirtz (CDU)



Wenn Axel Wirtz seine Post durcharbeitet, geht es meistens sportlich zu: Da stapeln sich Einladungen zu Fußballspielen, Turnveranstaltungen, Kanuwettbewerben oder Reitevents. In Sachen Sport ist der CDU-Politiker ein bekanntes Gesicht in NRW. Schließlich sitzt Wirtz seit 2005 dem Sportausschuss im Landtag vor und hat die Sportpolitik des vergangenen Jahrzehnts mitgeprägt. Die Nähe zum Sport stammt aus dem privaten Bereich. In seiner Heimatregion Aachen engagierte sich der junge Axel Wirtz in vielen Bereichen und war mehr als 15 Jahre lang Fußballschiedsrichter bis hoch zur Oberliga. „Mit meinen Erfahrungen der Vereins- und Verbandsstruktur war es naheliegend, dass ich in den Sportausschuss gehe“, sagt Wirtz.

### Christlich geprägtes Elternhaus

Sowieso war so einiges naheliegend im bisherigen Leben des 58-Jährigen. Mit 14 Jahren trat er als Schüler in die Junge Union ein und wurde zwei Jahre später CDU-Mitglied. Eine andere Partei sei damals nicht in Betracht gekommen, erinnert sich Wirtz. „Durch mein christlich geprägtes Elternhaus und familiäre Beziehungen zum damaligen CDU-Bürgermeister in meiner Heimatgemeinde Gressenich kam gar nichts anderes als die CDU infrage.“ Der Wunsch, konkrete Dinge im eigenen Umfeld durchzusetzen, habe ihn in die Politik geführt. Nur zwei Jahre nach dem Parteieintritt wurde Wirtz Mitglied im CDU-Stadtverbandsvorstand Stolberg sowie im Kreis- und Stadtverbandsvorstand der Jungen Union. Es folgten zehn Jahre als Vorsitzender der Stolberger CDU (1989 bis 1999) und 30 Jahre im Rat der Stadt Stolberg (1984 bis 2014). Vorsitzender des Kreisverbandes Aachener Land ist Wirtz seit 1999. Zu diesem Zeitpunkt saß er schon fünf

Jahre lang im Kreistag des damaligen Kreises Aachen, dem heutigen Städteregionstag Aachen. Zu all diesen Ämtern sagt Wirtz selbst: „Da bin ich im Laufe der Jahre so hineingewachsen.“

Noch ist die Politik für Wirtz in diesen Jahren ein Hobby – wenn auch eines, das sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. „Ich war irgendwann nur noch halbtags im Büro und habe die andere Hälfte Politik gemacht“, erinnert er sich. Als Sachbearbeiter im Schul-, Kultur- und Sportamt der Stadt Stolberg hatte Wirtz seine berufliche Karriere begonnen und wechselte 1981 als Dipl.-Verwaltungswirt an die RWTH Aachen. Doch dann war eine Entscheidung nötig. „Wenn man so viel Kommunalpolitik macht, steht man irgendwann an einer Schwelle: Entweder wird das Engagement zurückgefahren oder die hauptberufliche Schiene eingeschlagen.“ Wirtz entschied sich für Letzteres. 1995 klappte es noch nicht mit einem Landtagsmandat. Doch dann, im Jahr 1999, gelang es. Die Kommunalwahl endete für die CDU mit der Übernahme zahlreicher Rathäuser, sodass Landtagsmandate nachbesetzt werden mussten. Einer der Nachrücker war Wirtz.

Blickt der dreifache Familienvater auf seine bislang 16 Jahre im Landtag zurück, hebt er vor allem die schwarz-gelbe Regierungszeit zwischen 2005 und 2010 hervor. „Die Zeit, in der wir die Mehrheit besaßen, hat schon Spaß gemacht. Da konnte das ein oder andere Vorhaben viel konkreter umgesetzt werden“, sagt er. Die Landespolitik habe sich aber auch so verändert in den vergangenen Jahren. Die Parteipolitik stehe viel mehr im Vordergrund, manche Auseinandersetzungen würden herbeigeredet. „Ich empfinde es so, dass es die letzten Jahre härter geworden ist“, meint Wirtz. Dennoch gehe er jeden Tag mit Spaß an die Arbeit.

Wohl auch, weil sein Ausschuss ein etwas anderes Miteinander pflegt. „Wir sagen immer, die Sportfraktion ist die sechste Fraktion im Parlament, weil die Sportler alle zusammenhalten.“ Der Sportausschuss sei eher ein Gremium, in dem die parteipolitische Auseinandersetzung größtenteils eine untergeordnete Rolle spiele. Für ihn eines der wichtigsten Themen sei der Schulsport. Die Schnittstelle zwischen Vereinen und Schule müsse besser werden, auch angesichts von immer mehr Ganztagsangeboten.

Auch weil die familiäre Unterstützung für die zeitraubende politische Tätigkeit weiterhin da ist, sieht Wirtz das Ende seiner parlamentarischen Laufbahn mit Blick auf die Wahl in zwei Jahren noch nicht gekommen. „Wenn ich von den Leuten verlange, dass sie bis 67 arbeiten, dann kann ich das nicht anders machen.“

Christian Wolf

## Das Verfassungsgericht als „Bürgergericht“?

In elf Bundesländern können Bürgerinnen und Bürger Beschwerde beim jeweiligen Landesverfassungsgericht einlegen, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt fühlen. In Nordrhein-Westfalen ist diese Möglichkeit der sogenannten Individualverfassungsbeschwerde derzeit nicht gegeben. Der Verfassungsgerichtshof mit Sitz in Münster befasst sich ausschließlich mit den Klagen staatlicher Organe, also beispielsweise von Kommunen.

Sollte auch in NRW die Individualverfassungsbeschwerde ermöglicht werden? Dieser Frage prüft derzeit die Verfassungskommission des Landtags. Und sie stand im Mittelpunkt eines hochkarätigen Symposiums, zu dem Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW, Dr. Ricarda Brandts, am 9. Juni 2015 unter anderem den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, begrüßen konnten.

### Bislang 20 Änderungen

Die Verfassungskommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Rainer Bovermann hat die Aufgabe, den dritten Teil der Verfassung („Von den Organen und Aufgaben des Landes“) systematisch zu überprüfen und dem Parlament Ergänzungen und/oder Streichungen vorzuschlagen. Die nordrhein-westfälische Verfassung ist gerade 65 Jahre alt geworden – sie war am 18. Juni 1950 durch Volksentscheid angenommen worden. Seitdem wurde sie 20 Mal geändert.

Landtagspräsidentin Gödecke erinnerte beim Symposium daran, dass die Individualverfassungsbeschwerde bereits bei der Erarbeitung der Landesverfassung eine Rolle gespielt habe, ihre Einführung damals aber verworfen worden sei. Mit der Veranstaltung solle nun ein Rahmen geschaffen werden, um die Vielfalt der Fragen zu diesem Thema aufzublättern und Antworten zu finden, die dann möglicherweise sogar eine Entscheidungsgrundlage sein könnten. Die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes betonte, Ziel des Symposiums sei, eine „breite Erkenntnisgrundlage“ zu schaffen. *wib*



## Kurz notiert

### Besuch aus Eupen

Landtagspräsidentin Carina Gödecke begrüßte am 8. Juni 2015 den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Karl-Heinz Lambertz, im Landesparlament. In einem Gespräch tauschten sich beide über Fragen der grenzüberschreitenden Kooperation aus. Dabei ging es auch um die Heranführung Jugendlicher an Politik und den Jugend-Landtag. Die Landtagspräsidentin hatte im April vergangenen Jahres gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Eckhard Uhlenberg, der zugleich Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Benelux ist, Eupen besucht. Bei dem Treffen im dortigen Parlament waren die Grundlagen für einen verstärkten Austausch gelegt worden.

### Zukunft einer Freundschaft

„In Eure Hände legen wir die Zukunft des deutsch-israelischen Miteinanders, das auch der beste Weg ist, um Antisemitismus zu begegnen.“ Mit diesen Worten wandte sich Landtagspräsidentin Carina Gödecke an Schülerinnen und Schüler aus ganz NRW, die am 1. Juni 2015 an einer Festveranstaltung im Plenarsaal teilnahmen. Gemeinsam mit der Landesregierung feierte das Parlament den 50. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland – ein Meilenstein auf dem Weg der Aussöhnung beider Länder. Mehr zu den Feierlichkeiten sowie ein Video der Festveranstaltung unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de).

### 80. Geburtstag

Seinen 80. Geburtstag feierte im Landtag der frühere langjährige Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (1982-2000). Der CDU-Politiker aus dem Rhein-Kreis Neuss war von Juli 1966 bis Juni 2005 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landesparlaments.

### Gestorben

- |                                    |                                             |
|------------------------------------|---------------------------------------------|
| 29.5. <b>Marianne Paus</b> (CDU)   | MdL 1990-1995                               |
| 8.6. <b>Julius Drescher</b> (SPD)  | MdL 1956-1962,<br>1963-1966 sowie 1968-1980 |
| 12.6. <b>Erika Rothstein</b> (SPD) | MdL 1990-2000                               |

### Treffen & Termine

**2.9.** Parlamentarischer Abend mit der Landeshauptstadt Düsseldorf



## Der Regisseur und das filmische Erbe

Wie kann ein filmisches Werk für die Nachwelt gesichert werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich die Wim Wenders Stiftung mit Sitz in Düsseldorf. Der weltberühmte Regisseur („Paris, Texas“, „Der Himmel über Berlin“, „Pina“), selbst gebürtiger Düsseldorfer, erläuterte die Ziele seiner Stiftung am 23. Juni 2015 im Kulturausschuss. An den Negativen seiner bis zu 45 Jahre alten Werke habe der Zahn der Zeit genagt. Sie seien ausgebleichen oder es seien Risse entstanden. Die Stiftung restauriert und digitalisiert sie, um sie „zukunftsfähig“ zu machen. Dem Regisseur liegt zudem die Nachwuchsförderung am Herzen: Die Film- und Medienstiftung NRW vergibt gemeinsam mit seiner Stiftung seit 2014 das Wim Wenders Stipendium an junge Filmemacher.

Foto: Schälte